

Ich wähle am 24.9.



DIE LINKE.

Diese siebte Ausgabe des Rundbriefes zur Bundestagswahl ist auch die Letzte. Denn ab jetzt geht es in den 48-Stunden-Wahlkampf. Nun gilt es die zahlreichen, noch unentschlossenen Wählerinnen und Wähler für linke Politik zu begeistern. Ich bedanke mich für die zahlreichen Einsendungen, Lesetipps, Gespräche und Rückmeldungen der letzten Wochen. Und natürlich bei allen Genossinnen und Genossen vor Ort für die tollen Bildbeiträge von und ihren Einsatz an den Wahlkampfständen.

Auf einen guten, gemeinsamen Wahlkampfspurt für unsere Partei.

Andreas Neumann

Landesgeschäftsführer DIE LINKE. Saar

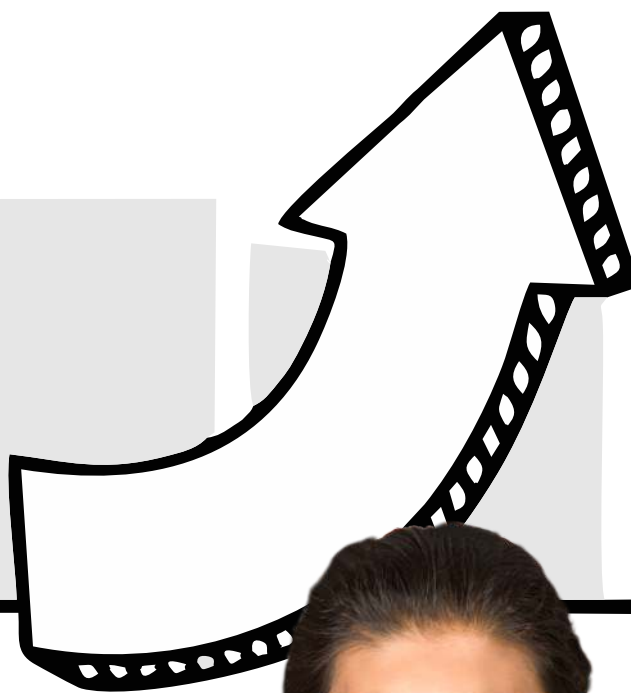
DIE ZWEITSTIMME MACHT DEN BALKEN GROSS!

Immer wieder werde ich gefragt wie man mich wählen kann? Wenn Sie im Wahlkreis Düsseldorf II wohnen mit Ihrer Erststimme. Im gesamten Bundesgebiet wählen Sie mich mit Ihrer Zweitstimme. Die Zweitstimme bestimmt die Stärke unserer Fraktion im Bundestag. Deshalb:

Zweitstimme
DIE LINKE
ist
Sahra-Stimme!



Sahra Wagenknecht
DIE LINKE.



AUSGABE 14/2017 - RUNDBRIEF #BTW2017SAAR

V. i. S. d. P. Dr. Andreas Neumann, Landesgeschäftsführer, Telefon: 0681 51765,
E-Mail: andreas.neumann@dielinke-saar.de

TERMINKALENDER // AUSZUG

Informiere Dich bei „Wahl-O-Mat on Tour BTW 2017“

Do, 21. Sept. 17, 10:30 Uhr
TGSBBZ Saarlouis, Zeughausstraße
25, 66740 Saarlouis, Thomas Lutze

Fr, 22. Sept. 17, 10:30 Uhr
Neue Arbeit Saar (Möbellager),
Schroten 10, 66121 Saarbrücken,
Thomas Lutze

Informiere Dich an den Infoständen, hier einige Termindaten

Do, 21.09., 14-18 Uhr, Edeka, Mainzerstraße, Saarbrücken
14-18 Uhr, Malstatt, Saarbrücken
14-18 Uhr, Bahnhofstr., Sb

Fr, 22.09.
9-13 Uhr, Düppenweiler, Marktplatz

9-12 Uhr, Wadern, Marktplatz
12-16 Uhr, SV Saarlouis und GV
Wadgassen, Großer Markt, Saarlouis
14-18 Uhr, Johanniskirche, Sb
14-18 Uhr, Edeka, Mainzerstr., Sb
19 Uhr, Kneipenwahlkampf Wdg

Sa, 23.09.
7-10 Uhr, Wadgassen (Ort), Barbrake
8-12 Uhr, Losheim, Café Roth
9-12 Uhr, Saarwellingen, Schlossplatz
9-12 Uhr, Schwalbach, Neukauf
Markt
9-12 Uhr, Burbach, Markt
9-13 Uhr, Merzig, altes Rathaus
9-13 Uhr, Beckingen, Marktplatz
9-11:30 Uhr, Altenkessel, Ecke
Allee/Gerhardstr.
11-18 Uhr, Bahnhofstraße, Sb
12-16 Uhr, SV Saarlouis und GV
Wadgassen, Gr. Markt, Saarlouis
Kneipenwahlkampf Saarlouis ab 19

Uhr und Merziger Altstadt, Uhrzeit
steht noch nicht fest.

Regelmäßig stattfindende Infostände:

jeden Samstag, ab 10 Uhr, Odilienplatz, Dillingen. • jeden Dienstag, Freitag und Samstag bis zur Wahl, jeweils von 10-12 Uhr, Talstraße (Nähe MüllerMarkt), Homburg • jeden Samstag, ab 11 Uhr, Stummplatz, Neunkirchen.

48 Stunden Wahlkampfendspurt, das ist mehr als ein Infostand auf dem Marktplatz, obwohl natürlich auch dieser ein Bestandteil des Endspurts ist. Verteil-Touren durch die Innenstadt, abends mit Verteil-Teams in die Kneipen, usw. Details bitte bei euren Ovs erfragen.

Petra Imandt: Völklinger im Spanischen Bürgerkrieg, 21. September 2017, 18-20 Uhr, VHS Altes Rathaus, Bismarckstraße 1 66333 Völklingen.

2016 jährte sich der Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs zum 80. Mal. Was bis heute nur wenigen bekannt war: 243 Menschen aus dem Saarland eilten nach Spanien, um als Freiwillige der Republik gegen den Putsch Francisco Francos zur Seite zu stehen. Franco dagegen wurde von Hitler militärisch mit der Legion Condor unterstützt. Keine Landsmannschaft aus Deutschland kämpfte, in Relation zur Bevölkerungszahl,

in so großer Zahl auf Seiten der Republikaner wie die der Saarländer. Sie waren vor allem Bergleute, Hüttenarbeiter und Handwerker, die in Spanien ein gemeinsames Ziel verfolgten: Kampf und Sieg über den Faschismus. In jahrelanger Arbeit hat der Historiker MAX HEWER für sein Buch »Von der Saar zum Ebro« deren Biografien rekonstruiert. Auch der schicksalhafte Weg vieler Überlebender - darunter viele Völklinger - nach dem spanischen Bürgerkrieg, über Internierungs- und Konzentrationslager, Verfolgung und Widerstand, sowie deren schwieriger Neuanfang in der Heimat, erfahren erstmals eine

umfassende Würdigung. Hewer wird auf der Veranstaltung über die Interbrigadisten aus Völklingen und Umgebung berichten.



Verarmung der städtischen Mittelschicht durch Mietenexplosion verhindern - „Diese Studie ist ein trauriges Zeugnis für das Versagen der Mietenpolitik der Bundesregierung“, erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende und Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heute vom DGB im Detail vorgestellten Studie der Hans-Böckler-Stiftung zur finanziellen Belastung von Mieterinnen und Mietern. Lay weiter: „Wenn 1,6 Millionen Haushalte in Deutschland bis zu 50 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben

müssen, ist das auch ein desaströses Zeugnis für die scheidende Bundesregierung. Bei stagnierenden Löhnen und explodierenden Mieten bedeutet das nichts anderes als die Verarmung der städtischen Mittelschichten. Die Bundesregierung hat nichts dazu beigetragen, dass Mieterinnen und Mieter in Deutschland wieder sicher und bezahlbar Wohnen können. Im Gegenteil: Allein in dieser Legislaturperiode sind über 200.000 Sozialwohnungen verschwunden, die groß angekündigte Mietpreisbremse ist ein Rohrkrepierer, und die zweite Mietrechtsnovelle hat die Schublade nie verlassen. Mieterinnen und

Mieter blicken zurück auf vier verlorene Jahre. Niemand sollte mehr als 30 Prozent für die Wohnkosten ausgeben müssen. Erfreulicherweise sind die Gewerkschaften Partner gegen Verdrängung und Vertreibung. DIE LINKE wird sich der Forderung nach einer Verschärfung der Mietpreisbremse in jeder Hinsicht anschließen. Darüber hinaus brauchen wir den Neustart im sozialen gemeinnützigen Wohnungsbau und 250.000 Sozialwohnungen sowie fünf Milliarden jährlich, auch nach 2019. Damit Wohnen wieder bezahlbar und Verdrängung gestoppt wird, müssen dicke Bretter gebohrt werden.“

Wählen gehen! Auch Deine Stimme entscheidet.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik könnte am Sonntag eine offen rechtsextreme, fremdenfeindliche Partei im Bundestag einziehen. Nach aktuellen Umfragen ist dies wohl nicht mehr zu verhindern. Mit einem Kreuz bei der LINKEN kann aber erreicht werden, dass DIE LINKE Oppositionsführerin bleibt und damit weiterhin wichtige Schlüsselpositionen im Parlament behält.

Am Sonntag geht es auch darum, dass im Bundestag wieder eine Fraktion vertreten ist, für die eine friedliche Außen- und Sicherheitspolitik Vorrang vor Kriegseinsätzen der Bundeswehr hat. Wir treten dafür ein, dass Waffenexporte eingestellt werden. Wer Waffen exportiert, produziert Krieg, Tote und Verwundete, produziert Not und Vertreibung

und darf sich nicht wundern, wenn Flüchtende hierzulande um Asyl bitten müssen.

Im Wahlkampf wurde viel über Gerechtigkeit geredet und plakatiert. Doch wer Armut und Ungerechtigkeit wirksam bekämpfen will, muss an die Ursachen ran. DIE LINKE fordert eine Millionärsabgabe als Reichensteuer. Wer den ungezügelt Reichtum nicht einschränkt, wird kein Geld haben um Armut zu bekämpfen. Dass Rentnerinnen und Rentner zunehmend im Alter arbeiten müssen, weil ihre Rente nicht ausreicht, ist ein Skandal. DIE LINKE will das verändern.

Hartz-IV ist Armut per Gesetz. Mit einer sanktionsfreien, armutsfesten Grundsicherung will DIE LINKE sicherstellen, dass in einem der reichsten Länder der Welt niemand in Armut leben muss. Wir brauchen dringend ein Wohnungsbaupro-

gramm für bezahlbaren Wohnraum, da überall die Mieten explodieren. Im Bereich der Kranken- und Altenpflege muss unbedingt etwas passieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mehr verdient: Mehr Lohn und Gehalt und mehr Personal. Auch dafür streitet DIE LINKE.

Als Bundestagsabgeordneter und Platz-1-Kandidat der saarländischen Landesliste bitte ich um Ihre/Deine Stimme. Für soziale Sicherheit und eine friedliche Außenpolitik.

Glück Auf,
Thomas Lutze



Abstimmungsverhalten von THOMAS LUTZE

DIE LINKE.

Deutsche Beteiligung an Ausbildungsmission in Somalia	NEIN
Fortsetzung des Patriot-Einsatzes in der Türkei (2013)	NEIN
Verlängerung des Anti-Terror-Einsatzes im Mittelmeer (2013)	NEIN
Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Mali (2014)	NEIN
Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen	JA

Fragen dazu? Geht auf abgeordnetenwatch.de/profile/thomas-lutze

Klaus Ernst: Gutes Urteil für Schichtarbeiter - „Es ist gut, dass mit dem Urteil die Ansprüche von Geringverdienern zu deren Gunsten präzisiert wurden. Dankenswerterweise korrigiert das Bundesarbeitsgericht die Fehler der Bundesregierung. Doch die Aufgabe, den Umgehungsstrategien der Arbeitgeber Einhalt zu gebieten, darf nicht allein auf die Rechtsprechung abgewälzt werden. Wir brauchen dringend Nachbesserungen im Mindestlohngesetz. Es darf nicht sein, dass der einzelne Beschäf-

tigte die schlampige Arbeit des Bundesarbeitsministeriums ausbaden und sein Recht vor Gericht erstreiten muss“, erklärt Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf das heutige Urteil des Bundesarbeitsgerichts, wonach Nachtarbeitszuschläge mindestens auf Grundlage des Mindestlohns berechnet werden müssen. Ernst weiter: „Es muss dringend klargestellt werden, dass der Mindestlohn dem reinen Stundenentgelt ohne Zuschläge, Trinkgelder oder Boni entspricht.

Zudem ist es notwendig, das Gesetz um eine Definition der vergütungsrechtlichen Arbeitszeit zu ergänzen und dabei Kriterien festzulegen, die Arbeitsverhältnisse besser von ehrenamtlichen Tätigkeiten abgrenzen. Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften ein Verbandsklagerecht erhalten. Außerdem muss das Personal in der ‚Finanzkontrolle Schwarzarbeit‘ aufgestockt werden. Und wir brauchen einen Mindestlohn, der flächendeckend ohne Ausnahmen für alle als untere Lohngrenze gilt.“

Statistiken zur Bundestagswahl

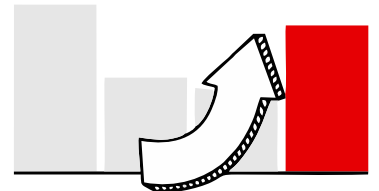
Aktuelle Prognosen für die Bundestagswahl									
Institut		Emnid	INSA	Allensbach	Forsa	BTW 2013			Durchschnitt
		16.9	18.9	19.9	19.9	22.9			der Prognosen
	CDU/CSU	36,0%	36,0%	36,50%	36,00%	41,50%			36,13%
	SPD	22,0%	22,0%	22,00%	23,00%	25,70%			22,25%
	GRÜNE	8,0%	7,0%	8,00%	8,00%	8,40%			7,75%
	FDP	9,0%	9,0%	11,00%	9,00%	4,80%			9,50%
	DIE LINKE	10,0%	11,0%	9,00%	10,00%	8,60%			10,00%
	AfD	11,0%	11,0%	10,00%	9,00%	4,70%			10,25%
	Sonstige	4,0%	4,0%	3,50%	5,00%	6,20%			4,13%
Mögliche Koalitionen									
	CDU/CSU+SPD	58,0%	58,0%	58,5%	59,0%				
	CDU/CSU+FDP+Grüne	53,0%	52,0%	55,5%	53,0%				
	CDU/CSU+FDP	45,0%	45,0%	47,5%	45,0%				
	CDU/CSU+Grüne	44,0%	43,0%	44,5%	44,0%				
	SPD+Grüne	30,0%	29,0%	30,0%	31,0%				
	SPD+LINKE	32,0%	33,0%	31,0%	33,0%				
	SPD+LINKE+Grüne	40,0%	40,0%	39,0%	41,0%				
Ältere Prognosen									
Institut		Fgr. Wahlen	Forsa	Emnid	INSA	Forsa	Infra-test dimap	Fgr. Wahlen	Durchschnitt der Prognosen
Veröffentl.		8.9	8.9	9.9	11.9	13.9	14.9	15.9	
Parteien	CDU/CSU	38,0%	37,0%	37,0%	36,5%	37,0%	37,0%	36,0%	36,93%
	SPD	22,0%	23,0%	24,0%	23,5%	23,0%	20,0%	23,0%	22,64%
	GRÜNE	8,0%	8,0%	8,0%	6,0%	8,0%	7,5%	8,0%	7,64%
	FDP	9,0%	9,0%	8,0%	9,0%	8,0%	9,5%	10,0%	8,93%
	DIE LINKE	9,0%	10,0%	9,0%	10,5%	10,0%	9,0%	9,0%	9,50%
	AfD	9,0%	9,0%	9,0%	11,0%	9,0%	12,0%	8,0%	9,57%
	Sonstige	5,0%	4,0%	5,0%	3,5%	5,0%	5,0%	4,0%	4,50%
Mögliche Koalitionen									
		8.9	8.9	9.9	11.9	13.9	14.9	15.9	
	CDU/CSU+SPD	60,0%	60,0%	61,0%	60,0%	60,0%	57,0%	59,0%	
	CDU/CSU+FDP+Grüne	55,0%	54,0%	53,0%	51,5%	53,0%	54,0%	54,0%	
	CDU/CSU+FDP	47,0%	46,0%	45,0%	45,5%	45,0%	46,5%	46,0%	
	CDU/CSU+Grüne	46,0%	45,0%	45,0%	42,5%	45,0%	44,5%	44,0%	
	SPD+Grüne	30,0%	31,0%	32,0%	29,5%	31,0%	27,5%	31,0%	
	SPD+LINKE	31,0%	33,0%	33,0%	34,0%	33,0%	29,0%	32,0%	
	SPD+LINKE+Grüne	39,0%	41,0%	41,0%	40,0%	41,0%	36,5%	40,0%	

Immer wieder werden wir gefragt, welche Stimme denn jetzt eigentlich die Wichtigere wäre bei der Bundestagswahl.

Und auch, wenn es der Name nicht vermuten lässt: Es ist die Zweitstimme, die am Wahlabend auf dem Bildschirm die Balken wachsen lässt. Mit der Erststimme wählt man die Direktkandidierenden. Der- oder diejenige mit der einfachen Mehrheit im Wahlkreis ist direkt gewählter Abgeordneter. Alle andere Erststimmen sind verloren.

Deshalb: Wer eine starke Linke im nächsten deutschen Bundestag will, der wählt uns MINDESTENS mit der Zweitstimme. Und im besten Falle sowieso mit beiden Stimmen.

Die Zweitstimme macht den Balken groß!



Veröffentlichungen im Rundbrief - Eigene Themen bitte an andreas.neumann@dielinke-saar.de schicken. Texte bitte als reiner E-Mail-Text oder als RTF-, ODT- oder Word-Format. Bilder bitte als JPG oder PNG. Tagesaktuelle Termine: www.dielinke-saar.de

Pflegekraft maximal versorgt werden dürfen. Verstöße sollten harte Strafen nach sich ziehen - damit entsprechende Bestimmungen nicht unterlaufen werden, wie es die Geschäftsführung der Charité leider wieder versucht. Damit die menschenwürdige Versorgung von Alten und Kranken wieder in den Mittelpunkt rückt, müssen wir die Kommerzialisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen beenden und rückgängig machen.“

Sahra Wagenknecht: Merkel für Pflegenotstand verantwortlich „Der sich verschärfende Pflegenotstand tötet Menschen und dafür trägt die Große Koalition die Verantwortung. In keinem Land Europas ist die Relation zwischen Pflegekräften und Patienten schlechter als bei uns. Das ist eine Schande, und die unverbindlichen Wahlkampfversprechen von Angela Merkel und Martin Schulz werden daran nichts ändern. Gefragt sind keine warmen Worte, sondern 140.000 neue

und gut bezahlte Arbeitsplätzen in Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie eine angemessene finanzielle Unterstützung der pflegenden Angehörigen“, kommentiert Sahra Wagenknecht eine aktuelle Statistik, nach der die Zahl der Pflegebedürftigen allein seit Januar um 13 Prozent gestiegen ist. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter: „Wir brauchen endlich ein Gesetz, dass verbindlich vorschreibt, wie viele Patienten oder Pflegedürftige von einer ausgebildeten

Dietmar Bartsch: Kinderarmut steigt trotz beschworenen Verbesserungen

„Dass laut dem heutigen Familienreport von Ministerin Barley die Kinderarmut weiter gestiegen ist, zeigt dass das jetzt von ihr geleitete Ministerium keine gute Arbeit geleistet hat, wie sie behauptet. Viele Chancen wurden ungenutzt liegen lassen“, so der Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dietmar Bartsch. Bartsch weiter: „Mit der Hilfe des auch SPD geführten Arbeitsministeriums hätte die Familienministerin viele Verbesserungen zur benötigten Vereinbarkeit von Familie und Beruf einbringen können, denn Hauptursache für Kinderarmut ist Einkommensarmut der Eltern. Auch wenn beide Eltern arbeiten, können sie am Ende immer noch arm sein. Daher benötigen wir einen armutssicheren Mindestlohn und Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Aber selbst das versprochene Gesetz zu einem Rückkehrrecht auf Vollzeit ist nie im Bundestag angekommen.“

Statt Geld in Kinder- und Jugendpolitik zu investieren wurde diese in den letzten vier Jahren weiter zusammengekürzt. Um Armut zu verhindern,

brauchen wir eine starke Kinder- und Jugendhilfe, die allen Kindern und Jugendlichen Zugang zu gesellschaftlichen Räumen anbietet, die sie selbst mitgestalten und sie bei individuellen Problemlagen unterstützen kann.

Besonders bei Alleinerziehenden ist weitere Unterstützung nötig, die Entfristung des Unterhaltsvorschusses war wichtig und richtig. So wie dies umgesetzt wurde, bleiben Kinder auf der Strecke, die eigentlich einen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss hätten. Auch der Zugang zu Sozialleistungen muss entbürokratisiert und entsanktioniert werden, so dass Kinderzuschlag, Kindergeld und Wohngeld bei allen Berechtigten ankommt.

Herbert Behrens: Dieselgate – zwei Jahre Untätigkeit

„Dass es auch zwei Jahre nach dem Bekanntwerden der Abgas-Manipulationen bei Volkswagen noch immer keine ernstzunehmenden Konsequenzen aus dem Abgas-Skandal gibt, zeigt, wie effizient und nachhaltig die Automobilkonzerne die Regierungspolitik beeinflussen. Die Leidtragenden sind wie immer die Verbraucher. So höhlt der Lobbyismus die Demokratie aus“, erklärt Herbert

Behrens (DIE LINKE), Vorsitzender des Abgas-Untersuchungsausschusses in dieser Wahlperiode des Bundestages, nach zwei Jahren „Dieselgate“. Behrens weiter:

„Die Regierung verlangt weder die nötigen Umrüstungen, noch verhängt sie Bußgelder. Auch die belasteten Kommunen lässt sie im Stich. Die im ‚Fonds Nachhaltige Mobilität‘ vorgesehenen, steuerfinanzierten Maßnahmen können Fahrverbote nicht verhindern. Bleibt die Regierung untätig, müssen die Steuerzahler hierzulande auch für die Strafzahlungen an die EU aufkommen. Die Verbraucher bleiben auf ihren Schäden sitzen, während die Autoindustrie milliardenschwere Gewinne einfährt – auch VW. Dennoch benutzt der Wolfsburger Konzern Dieselgate als Vorwand, um 30.000 Stellen zu streichen.“

Nach den Stickoxiden bahnt sich der nächste Abgasskandal bei den Kohlendioxid-Werten an. Die Regierung weigert sich, die Ergebnisse der Tests auf CO₂-Schummeleien bekannt zu geben. Aus gutem Grund: Die Offenlegung würde den letzten Rest Vertrauen in die Bundesregierung erschüttern.“

Herbert Behrens: ÖPP darf keine Zukunft haben

„Vor zwei Wochen hat der Verkehrsminister erklärt, dass ÖPP-Modelle neueren Zuschnitts wie bei der A8 völlig unproblematisch laufen. Dass die Halbwertzeit von Alexander Dobrindts Aussagen inzwischen gen null läuft, rundet das fatale Bild seiner Amtszeit im schlechtesten Sinne des Wortes ab“, erklärt Herbert Behrens, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Verkehrsausschuss, zu Medienberichten, dass nach der Klage des privaten Autobahnbetreibers A1-Mobil nun auch das Bettreiberkonsortium eines Teilstücks der A8 (Pansuevia) den Rechtsweg beschreitet. Behrens weiter: „Niemand kann jetzt noch behaupten, dass Öffentlich-Private Partnerschaften sich für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler rechnen. Es ist ein Skandal, dass Prozessrisiken bei den Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu ÖPP-Projekten keine Rolle spielen. Bei realistischer Betrachtung wären dann alle Projekte glatt durchgefallen. Die Nebenbestimmungen zu den schlanken 100-seitigen ÖPP-Verträgen füllen meist 50 Akten-

ordner, was ein Scheunentor für Nachforderungen darstellt. Dieser Segen für große Anwaltskanzleien ist ein Fluch für die öffentlichen Haushalte. ÖPP darf daher keine Zukunft haben.“

Wolfgang Gehrcke: Trump-Rede vor der UNO ist Kriegshetze

„Trump stellt das Leben von Millionen Menschen zur Disposition. Er drohte Nordkorea mit ‚totaler Vernichtung‘, und provozierte so dessen Machthaber Kim Jong Un, seinen unseligen Griff nach der Bombe noch zu beschleunigen“, erklärt Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, zur ersten Rede von US-Präsident Donald Trump vor der Generalversammlung der UN. Gehrcke weiter: „Die notwendige Absage an Trump und seine wahnwitzigen Zerstörungsphantasie wird nur dann glaubwürdig sein, wenn die Bundesregierung sich in der UN-Vollversammlung dem Antrag für ein Verbot von Atomwaffen anschließt und darüber hinaus die US-Regierung auffordert, ihre Atomwaffen aus Deutschland abziehen. Leider ist

eher damit zu rechnen, dass sich die Bundesregierung wieder einmal hinter der NATO und der Europäischen Union versteckt. Und das diese für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland eintreten, ist wenig wahrscheinlich. Das ist auch der Grund, warum SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz in dieser Frage nicht glaubwürdig ist: Wer fordert, dass EU oder NATO über den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen entscheiden sollen, unterminiert die Souveränität Deutschlands und verschiebt den Abzug faktisch auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. DIE LINKE fordert den sofortigen Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel, die Schließung der US-Mördergarnison Ramstein, den Beitritt Deutschlands zum Antrag für ein Verbot von Atomwaffen und eine strikte Zurückweisung der Rede von Trump. Diese Hetzrede war gewalttätig, völkerrechtswidrig und widerspricht in Geist und Inhalt vollständig der Charta der Vereinten Nationen.“

Nächste Seite: Druckvorlage für Erstwähler.



Das erste Mal

BEIM KÜSSEN AUGEN ZU.

BEIM WÄHLEN AUGEN AUF!

DIE LINKE.